

Antisemitismus gestern und heute – zwischen Geschichte, Verantwortung und Gegenwart

**Petra Pau in einer Veranstaltung zum Thema Antisemitismus am 7. April 2026
im „Bajszel“, Berlin-Neukölln**

Guten Abend,
ich freue mich, heute hier zu sein.

Und ich sage gleich zu Beginn:
Ich komme nicht mit einfachen Antworten.
Ich komme mit Erfahrungen, mit Fragen – und mit dem Versuch, der Komplexität
gerecht zu werden.

Denn die Debatten, die wir derzeit führen – über Israel, über Zionismus, über
Antisemitismus – werden mit einer Härte geführt, die viele Menschen unter Druck
setzt.

Man soll sich positionieren. Schnell. Eindeutig.
Am besten ohne Zögern.

Ich erlebe das selbst.
Und ich halte diesen Druck für ein Problem.

Denn politische Verantwortung entsteht nicht aus Lautstärke.
Sie entsteht aus Nachdenken. Aus Geschichte. Aus Erfahrung.

Ich gehöre zu einer Generation, für die das Jahr 1989 mehr war als ein politischer
Umbruch.

Es war eine Zäsur im Denken.

Für mich persönlich war es auch eine bewusste Absage an den Stalinismus –
an ein System, das politische Konflikte nicht offen austrug, sondern ideologisch
entschied.
Ein System, das Kritik delegitimierte und Widerspruch oft als Feindschaft behandelte.

Diese Absage war notwendig.
Und sie ist bis heute nicht erledigt.

Denn mit dem Stalinismus verschwand nicht automatisch alles, was ihn geprägt hat.
Auch bestimmte Denkmuster haben überlebt.

Dazu gehört ein Punkt, der heute wieder relevant ist:
der Antizionismus sowjetischer Prägung.

In der Sowjetunion – vor allem seit den späten 1940er Jahren – wurde Antizionismus
nicht einfach als Kritik an israelischer Politik formuliert.

Er wurde zu einem ideologischen Instrument.

Zionismus wurde dargestellt als

imperialistisch, rassistisch, faschistisch.

Israel wurde nicht nur kritisiert, sondern delegitimiert.

Und das blieb nicht folgenlos.

Diese Narrative wurden international verbreitet.

Sie prägten Debatten – auch in Teilen der Linken im Westen.

Das Problem ist nicht, dass Kritik an Israel existiert.

Das Problem entsteht dort, wo aus Kritik eine grundsätzliche Infragestellung wird.

Wo nicht mehr gefragt wird: Was tut eine Regierung?

Sondern: Darf dieser Staat überhaupt existieren?

Wenn wir heute über Zionismus sprechen, sollten wir uns daran erinnern, was dieser Begriff ursprünglich bedeutet.

Zionismus war die politische Bewegung, die das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung formulierte.

Nach Jahrhunderten von Verfolgung – und nach der Shoah – war das keine abstrakte Idee.

Es war eine existenzielle Frage.

Gerade in Deutschland kann man das nicht relativieren.

Unsere Geschichte verpflichtet uns nicht dazu, jede Entscheidung der israelischen Regierung gutzuheißen.

Aber sie verpflichtet uns dazu, das Existenzrecht Israels nicht infrage zu stellen.

Das ist keine beliebige politische Position.

Das ist eine historische Verantwortung.

Und gleichzeitig gilt:

Eine Linke, die diesen Namen verdient, muss sich auch für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser einsetzen.

Für ihre Würde. Für ihre Rechte. Für ihre Zukunft.

Das ist kein Widerspruch.

Der Widerspruch entsteht erst dann,
wenn man das eine gegen das andere ausspielt.

Was mich in den aktuellen Debatten beunruhigt, ist etwas anderes:

Wie schnell Begriffe zu Waffen werden.

„Zionist“ – als Feindmarkierung.

„Antisemit“ – als Abwehrbegriff.

Beides hilft nicht weiter.

Und beides erinnert mich – zumindest in der Struktur – an politische Muster, von denen wir uns eigentlich verabschiedet haben.

Sektiererisches Denken.

Freund-Feind-Logik.

Moralische Eindeutigkeiten, die keine Differenzierung mehr zulassen.

Ich will es deutlich sagen:

Nicht jede Kritik an Israel (israelischer Politik) ist antisemitisch.

Aber auch nicht jeder Antizionismus ist harmlos.

Wer Zionismus pauschal ablehnt,
muss sich fragen lassen, was das konkret bedeutet.

Denn wenn Zionismus die Idee jüdischer Selbstbestimmung ist –
was bleibt dann übrig, wenn man ihn vollständig verwirft?

Ich glaube, dass wir in der Linken eine Debatte führen müssen, die wir lange
vermieden haben:

Eine Debatte über unsere eigene Geschichte.

Über die blinden Flecken.

Über die ideologischen Prägungen.

Über das, was wir vielleicht übernommen haben, ohne es ausreichend zu reflektieren.

1989 war für viele von uns ein Bruch.

Aber ein Bruch allein reicht nicht.

Man muss auch Konsequenzen ziehen.

Für mich bedeutet das:

Eine Linke, die ich vertreten kann,
ist eine Linke, die sich ihrer eigenen Geschichte stellt –
auch dort, wo es unbequem ist.

Denn eines ist klar:

Antisemitismus verändert seine Formen.

Er verschwindet nicht.

Er kann offen auftreten.

Oder indirekt.

Er kann laut sein.

Oder moralisch verkleidet.

Gerade deshalb ist es so wichtig, genau hinzusehen.

Ich wünsche mir eine Debatte,

die weniger von Empörung lebt – und mehr von Erkenntnis.

Weniger von Zuschreibungen – und mehr von Verantwortung.

Und ich wünsche mir eine Linke,
die sich nicht daran misst, auf welcher Seite sie steht,
sondern daran, wie ernst sie ihre eigenen Maßstäbe nimmt.

Denn am Ende geht es um mehr als um Begriffe.

Es geht um die Frage,
ob wir aus unserer Geschichte lernen wollen.

Und ob wir bereit sind, die Komplexität auszuhalten,
die diese Geschichte uns hinterlassen hat.

Vielen Dank.

(Übergang zum Gespräch mit „Blamagen lauern überall“ aus Gottloser)